

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17. Januar 1931

China kriegsmüde.

(Von unserm Korrespondenten)

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. Schanghai, im Januar (Eig. Bericht)

Auch der schönste Krieg wird auf die Dauer langweilig und selbst die chinesischen Marschälle, denen er Lebenselement, Macht- und Erwerbsquelle zu gleicher Zeit ist, empfinden, wenn sie das Handwerk eine Zeit lang ununterbrochen praktisch ausüben, das Bedürfnis nach Ruhe und Frieden. China ist nach diesem Gesetz aus einer Epoche zweijährigen offenen Bürgerkrieges wieder einmal in den Zustand äusserer Ruhe gelangt. Die Todfeinde von gestern sitzen friedlich um den Verhandlungstisch, nachdem sie zum hundertsten Male gesehen haben, dass die Frage der Herrschaft über das Land doch nicht auf den Schlachtfeldern entschieden werden kann. Von einer wirklich aufrichtigen Verständigung ist zwar auch diesmal nicht die Rede. Dazu sind die Rivalen zu machtgerig und viel zu sehr darauf bedacht, die Beute allein für sich zu behalten. Das Ziel ist auch zu lockend und die Verhältnisse sind zu ungeklärt, so dass sie stets von neuem wieder Bewerber anlocken, die niemals unter einen Hut zu bringen sind.

Die augenblicklich im Gange befindliche Einigung unterscheidet sich daher in nichts von der bisher gebräuchlichen Methode. Wirklich überraschende Ergebnisse, die im Stande wären, die chinesischen Zustände grundlegend zu ändern, sind von ihr nicht zu erwarten. Die Interessen des Herrschers des Südens, Dschiang-Kai-Schek und des Gouverneurs der Mandschurei, Tscheng-Hsuh-Liang, sind zwar nicht so konträr, dass sie einen Ausgleich für einen längeren Zeitraum unmöglich machen, aber zwischen und neben ihnen stehen eine Menge von Ausenseitern, von denen immer wieder Ueberraschungen zu befürchten sind.

Wie immer nach dem Ende von inneren Feindseligkeiten tritt jetzt die Frage des wirtschaftlichen Aufbaus in den Mittelpunkt der Regierungssorgen. Die Nationale Wirtschaftskonferenz hat auf ihrer Tagung in Nanking wieder einmal ein Programm zu Gunsten der industriellen Entwicklung Chinas angenommen. Zwischen Wille und Wirklichkeit liegt jedoch ein langer Weg. Die Finanzlage des Staates ist miserabel und der Finanzminister hat eine neue Anleihe von 50 Millionen Dollar zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse angekündigt. Ueber die Verluste, die das chinesische Nationalvermögen in den letzten zwei Jahren erlitten hat, sind auf der Konferenz sehr interessante Angaben gemacht worden, die eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein dürften. Der Rückgang der Einnahmen auf den vier grossen Eisenbahnlinien wird auf 80 Millionen Dollar der des Privatbesitzes im Rayon des Bürgerkrieges auf 50 Millionen Dollar beziffert. Durch den Zusammenbruch der Silberwährung hat sich die Schuld für die Eisenbahnen, die in Gold zahlbar ist, um 400 Millionen Dollar erhöht.

Vorläufig wird sich die chinesische Wirtschaftspolitik weniger auf ein grosses konstruktives Programm als auf die Bekämpfung des fremden Einflusses konzentrieren. Chinas neue Eisenbahnpläne in der Mandschurei zeigen eine deutliche Tendenz gegen die Süd-Mandschurische Bahn, das Rückgrat der japanischen

Macht. China fühlt sich vorläufig nicht stark genug, um der Mandschurei willen einen Waffengang zu wagen. Seine Strategie gipfelt in Bemühungen um die Abdrosselung dieses wichtigen Verkehrsunternehmens. Die japanische Linie soll durch ein System neuer chinesischer Eisenbahnverbindungen zerniert werden, die parallel zu ihrer Route laufen und der Gesellschaft Frachten und Passagiere abjagen werden.

Die Chancen für die Ausführung eines solchen Unternehmens sind günstig. Japan hat auf der Konferenz in Washington auf sein Privileg verzichtet, als einzige Macht Bahnen in der Mandschurei bauen zu können. Ausserdem zeigt fremdes namentlich amerikanisches Kapital neuerdings grosse Neigung, sich in diesem aufblühenden Lande zu betätigen. Das Projekt birgt allerdings eine Reihe von ökonomischen und politischen Gefahren. Vom Standpunkt des wirtschaftlichen Nutzwertes ist es völlig aussichtslos, da das bisherige System den Anforderungen vorläufig noch auf lange Zeit genügt. Dann muss die offen bekundete Feindseligkeit Chinas Japan in die Arme Russlands treiben und die Gefahr besteht, dass sich die Reibungsflächen in der Politik des Fernen Ostens stark vergrössern. Japan wird seine Bastion, die Korea schützt und einen seiner Stützpunkte für eine Politik auf dem asiatischen Kontinent bildet, mit Klauen und Zähnen verteidigen. Die Chancen für eine friedliche Entwicklung Chinas werden auf diese Weise nicht gesteigert, denn aussenpolitische Verwicklungen bedeuten stets das Wiederaufleben der inneren Streitigkeiten, mit deren Hilfe das imperialistische Japan seinen gefährlichen Rivalen im Schach zu halten sucht.

Ein anderes Projekt, das gleichfalls die Keime zu künftigen Konflikten in sich trägt, befindet sich in Vorbereitung. Es handelt sich um die Verwirklichung einer Idee aus dem Aufbauplan Sun-Yat-Sens, die Schaffung eines Grosshafens für China in der Bucht von Hangchow. Die Spitze dieses Unternehmens richtet sich gegen Hongkong und Schanghai, gegen England und die übrigen europäischen Interessenten und erweist sich als eine neue Bestätigung der Absichten der chinesischen Politiker aller Schattierungen, eine Wirtschaftspolitik mit ausgesprochen nationaler Betonung zu betreiben. Damit wird eine Methode, deren vernichtende Wirkung Europa schon reichlich zu spüren bekommen hat, auch auf China übertragen, obwohl sich dieser Komplex von riesigen Ausmassen und unendlichen Möglichkeiten zu Beginn eines Neuaufbaus, die Erfahrungen zur Vermeidung ähnlicher Schwierigkeiten zu Nutze machen könnte. Dabei werden alle Sorgen Chinas von der durch das Bevölkerungsproblem geschaffenen überschattet. Trotz Krieg und Hunger hat die Einwohnerzahl des Reiches der Mitte nach der neuesten vom Ministerium des Innern veröffentlichten Statistik die 400 Millionen bei weitem überschritten. Die vorliegenden Ergebnisse der Volkszählung aus 14 Provinzen summieren sich zu einer Ziffer von 250 Millionen. Da China aus 28 ungefähr gleich bevölkerten Provinzen ausschliesslich Tibets und der Mongolei besteht, kann aus diesem Resultat geschlossen werden, dass sich der Zahl der in China lebenden Menschen dicht an der Grenze von 500 Millionen bewegt.

Das Problem ihrer Ernährung wird brennend, aber der Ausweg aus dem Dilemma lässt sich weder durch Industrialisierung noch durch die Ausmerzung fremder Wirtschaftseinflüsse finden. Wenn China diesen Weg gehen wird, dann muss es tatsächlich zur gelben Gefahr werden und die Bildung einer Abwehrfront gegen solche Absichten provozieren, die den Anlass zu dauernden Wirren geben und die China trotz aller Kriegsmüdigkeit weiter zum Schauplatz von neuen Bürgerkriegen machen wird.

SPD. Anlässlich des Maschinensetzerstreiks in der City-Druckerei der Berliner "Roten Fahne" greift das rechtskommunistische Oppositionsblatt der Brandler-Gruppe die "kapitalistischen Ausbeutermethoden Münzenbergs" besonders scharf an. Dieser sei prominentes Mitglied der heutigen KPD-Führung und gehöre dem Zentralkomitee und dem politischen Büro an. Er sei der Hauptschuldige an den Entlassungen und am Streik, nur weil eine kapitalistische Druckerei um einige Pfennige billiger als der Parteibetrieb arbeite. An Gesinnungsschnüffelei übertreffe er jeden kapitalistischen Ausbeuter. Wer in seinem (Münzenbergs) Betriebe Zweifel an der Unfehlbarkeit seiner Politik hege, werde unter Androhung der Entlassung gezwungen, die "Linie" zu vertreten: "Wäre - so fährt das Blatt wörtlich fort - in der obersten KPD-Bürokratie die politische Ver lumpung und Korruption nicht zur Norm geworden, dann müsste ein Münzenberg mit Schimpf und Schande aus der Kommunistischen Partei gejagt werden."

Derselben Quelle zufolge befinden sich unter den 29 Streikenden 13 eingeschriebene KPD-Mitglieder. In der sogenannten Belegschaftsversammlung, in der die Streikenden als "Werkzeuge der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie" hingestellt wurden, seien von 150 Mann nur wenige linientreue anwesend gewesen. In fast allen Peuvag-Druckereien, so in Solingen, Halle, Leipzig usw. wäre von der KPD-Zentrale genau wie in Berlin gegen die Setzer vorggegangen worden.

Höhnisch fragt das kommunistische Oppositionsblatt zum Schluss, wie die KPD-Strategen die Haltung in den eigenen Betrieben in Einklang bringen wollten mit ihrer Forderung, bei Arbeitsmangel die 40 Stundenwoche unter vollem Lohnausgleich durchzuführen.

SPD. Hannover, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

In Weende bei Göttingen nahm eine nationalsozialistische Versammlung, die in der Hauptsache von Republikanern besucht war, durch die Schuld der Nazis ein blutiges Ende.

Die Versammlung verlief zunächst ungestört bis plötzlich die Nationalsozialisten ohne irgend einen Grund zum Angriff auf die Versammlungsbesucher übergingen. 15 Nationalsozialisten zerbrachen Stühle und schlugen wahllos auf die Versammlungsbesucher ein. Plötzlich kamen aus einem Nebenzimmer weitere 50 bis 60 SA-Leute, die sich aus der Göttinger Unterwelt rekrutierten, sodass in wenigen Minuten alle Versammlungsbesucher aus dem Saal hinausgehauen waren. Die Nationalsozialisten hatten grosse Steine mit in den Saal gebracht, die sie als Wurfgeschosse benutzen wollten. Zahlreiche Stühle wurden durch die Fenster geworfen. 18 Fensterscheiben, 23 Stühle, mehrere Tische und 45 Biergläser wurden zertrümmert. Als der Saal leer war, wurde von den Nationalsozialisten schliesslich aus Wut noch das restliche Inventar zertrümmert, zahlreiche Verletzte mussten zum Arzt geschafft werden.

Ein Ueberfallkommando, das aus Göttingen herbeigerufen wurde, brachte die Nationalsozialisten nach Hause. Sonderbar ist, dass kein einziger von ihnen von der Polizei festgestellt wurde.

SPD. Im Regierungsbezirk Trier wird von den Nationalsozialisten neben der Sozialdemokratie vor allem das Zentrum sehr heftig bekämpft. Die Sozialdemokratische Partei führt gegen die Nazi-Hetze einen äusserst aktiven Abwehrkampf, während die Haltung der örtlichen Zentrumsfraktion bisher zu den verschiedensten Deutungen Anlass gab. Die Redaktion der sozialdemokratischen Trierer "Volkswacht" wandte sich daher dieser Tage an ihren Trierer Mitbürger, den Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspar tei mit der offenen Anfrage:

Herr Prälat Dr. Kaas, wo steht das Zentrum? Kaas hat die an ihn gerichtete Anfrage in einem Schreiben beantwortet, dem wir folgendes entnehmen :

"Wenn Sie in dem genannten Artikel fragen, wo das Zentrum im Kampf gegen den Nationalsozialismus stehe, so kann ich nur darauf hinweisen, dass die bisherige Arbeit der Partei ein so klares und überzeugendes Bekenntnis zum republikanischen Staat und damit auch eine so entschiedene Ablehnung jeder den deutschen Volksstaat antastenden Bewegung darstellt, dass ich eine sachliche Berechtigung für die von Ihnen gestellte Frage nicht anerkennen kann. Die Tatsache, dass in der letzten Trierer Kundgebung des Reichsbanners der Redner ein Mitglied des Windhorstbundes war, ist ein hinreichender Beweis dafür, dass die Partei ihren Mitgliedern bezüglich ihrer Beteiligung beim Reichsbanner volle Freiheit lässt. An dieser ihrer Haltung hat sich auch während der Zeit meines Vorsitzes nichts geändert. Im übrigen bin ich der Meinung, dass es jeder politischen Partei freigestellt bleiben muss, mit welchen Methoden und in welchen organisatorischen Fronten sie den Kampf gegen volksstaatsfeindliche Bewegungen aufnimmt. Meine Partei glaubt am stärksten und wirksamsten diesen Kampf aus der ihr eigenen Staats- und Weltauffassung führen zu können. Das schliesst nicht aus, dass sie, wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft mit jedem gerne zusammenarbeitet, der in der Verteidigung des Volksstaates und einer dem Frieden dienenden Gesamtpolitik mit ihr gleiche Wege zu gehen bereit ist."

SPD. Hannover, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Münchmeyer, der sich wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz vor dem Schöffengericht in Aurich verantworten sollte, kniff und erschien nicht. Das Gericht beschloss deshalb, ihn zwangsweise vorführen zu lassen.

SPD. Der Thüringer Landeskirchenrat hat gegen die sozialdemokratischen Pfarrer Dr. Emil Fuchs-Eisenach, Paul Kohlstock-Apolda, Karl Kleinschmidt-Eisenberg und Aurel v. Jüchen-Möhrenbach das förmliche Disziplinarverfahren eröffnet.

Dem Verfahren, das sich in gewissem Sinne gegen die Sozialdemokratie selbst richtet, liegt ein Anlass zugrunde, der von allgemeiner und grundsätzlicher Bedeutung ist. Die vier Pfarrer stellten sich im August und September der Sozialdemokratie für den Wahlkampf zur Verfügung und wurden für zahlreiche Versammlungen als Referenten bestellt. Als der Landeskirchenrat davon erfuhr, erliess er, ohne sich von den Organen der Landessynode beraten zu lassen, am 20. August eine Verfügung, wonach den Geistlichen Thüringens jede aktive politische Betätigung verboten wurde. Nichtsdestoweniger hielten sich die sozialdemokratischen Pfarrer aus Gewissensgründen für verpflichtet, ihre Zusagen der Sozialdemokratie gegenüber einzuhalten. Sie haben bewusst das Verbot ihrer Kirchenbehörde übertreten und die angekündigten Wahlreden gehalten. Der Fall liegt nicht ganz einfach. Es spielen ausser kirchenrechtlichen Gründen solche reichsgesetzlicher und schliesslich auch theologischer Natur eine Rolle. Dementsprechend hat die Sozialdemokratie in Thüringen zu Gunsten der Angeklagten einen Pressefeldzug eröffnet, den die proletarischen Freidenker aus Gründen der Solidarität eifrig fördern. Ausserdem hat Professor Radbruch-Heidelberg ein juristisches Gutachten ausgearbeitet, aus dem klar und deutlich hervorgeht, dass die Verfügung der Kirchenbehörde gegen die Reichsverfassung verstösst, die jedem Deutschen ausdrücklich freie politische Betätigung zubilligt. Ferner hat sich die Bruderschaft sozialistischer Theologen Deutschlands, die unter Führung von Pfarrer Lic. Dr. Piechowski-

Berlin bereits 180 Geistliche in ihren Reihen zählt, schützend vor die Angegriffenen gestellt und die kirchenrechtliche und religiöse Unhaltbarkeit des Verbotes in einer öffentlichen Erklärung nachgewiesen.

Es ist kennzeichnend für die Geistigkeit der Kirche, dass sie die Verfügung, - obwohl von ihr alle Geistlichen betroffen werden - in einem Augenblick erlassen hat, in dem sich sozialistische Pfarrer für den Wahlkampf, d.h. für den Befreiungskampf des arbeitenden Volkes zur Verfügung stellen wollen. Kein Kirchenhahn krächte ehedem, als Landab und Landauf ausschliesslich rechtspolitische Geistliche ihr Wesen oder Unwesen trieben. Das Volk hat für diesen Unterschied in der Behandlung rechts- und linkseingestellter Pfarrer ein ausserordentlich feines Gefühl. Den Schaden davon hat die Kirche.

SPD. Weimar, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Gesetzgebungsausschuss des Thüringischen Landtags versetzte der Regierungsvorlage des Putschisten Frick, nach der die Wahl der Bürgermeister und Beigeordneten künftig der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde bedarf, einen schweren Stoss. Der Hauptartikel des Gesetzes wurde abgelehnt.

Die Sozialdemokraten bekämpften das Gesetz von Anfang an und forderten. Unterlagen über seine Notwendigkeit. Die Regierung brachte derartige Unterlagen jedoch nicht bei. Die Sozialdemokratie stellte daraufhin verschiedene Verbesserungsanträge. So soll die Bestätigung nicht durch Frick allein, sondern nur durch kollegiale Entscheidung der Aufsichtsbehörden versagt werden können und zwar nur dann, wenn das bestehende Recht verletzt oder dem Gewählten Verfehlungen zur Last gelegt werden können, die ihn zur Führung des Amtes ungeeignet machen. Gegen die Entscheidung der Aufsichtsbehörden soll die Anfechtungsklage zulässig sein. Die sozialdemokratischen Anträge wurden jedoch restlos abgelehnt. Dennoch brachten auch die Deutsche Volkspartei und der Landbund Bedenken gegen das Gesetz vor und beantragten eine kollegiale Entscheidung. Wahrscheinlich befürchteten auch sie, dass Frick sich bei seinen Entscheidungen nicht von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen wird. Die Sozialdemokraten stimmten dem bürgerlichen Antrag schliesslich zu, um wenigstens eine Sicherung gegen einseitige politische Entscheidungen Fricks zu haben. Als er angenommen war, wurde der Hauptartikel des Frick'schen Gesetzesentwurfes im Gesetzgebungsausschuss mit den Stimmen der Sozialdemokratie, der Kommunisten, Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten abgelehnt. Nationalsozialisten und Wirtschaftspartei stimmten gegen das abgeänderte Gesetz, weil sie überhaupt keine Abänderung wünschen.

Es bleibt jetzt abzuwarten, ob zwischen den Regierungsparteien bis zur 2. Lesung im Plenum eine Einigung herbeigeführt werden kann.

SPD. Ein Gläubiger der Deutschen Mittelstandsbank, die eine Gründung der Deutschen Wirtschaftspartei ist, hat gegen diese Institution beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg Konkursantrag gestellt. Der Gläubiger wirft dem Unternehmen Bilanzfälschungen vor, sodass sich auch die Staatsanwaltschaft mit der Sache befassen müssen.

+ + +

Der Fraktionsvorsitzende der Wirtschaftspartei im sächsischen Landtag, Obermeister Kaiser-Dresden, hat seinen Sitz im Reichsparteivorstand der Wirtschaftspartei niedergelegt.

SPD. Paris, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

Dem Kabinettt Steeg, dem die Opposition für den Wiederezusammentritt des Parlaments den sicheren Sturz angekündigt hatte, ist am Sonnabend in der Kammer ein bemerkenswerter Erfolg beschieden gewesen. Es hat den ersten Abschnitt des von ihm stark modifizierten Fünfjahresplanes seiner Vorgänger zur Annahme gebracht, um dessen Verabschiedung Tardieu ein volles Jahr lang vergeblich gekämpft hat. Die von ihm angeforderten Kredite im Gesamtbetrage von 670 Millionen Franks sollen der Durchführung öffentlicher Arbeiten dienen, die als Notstandsmassnahmen zur Ueberwindung der Krise gedacht sind, die sich auch in der französischen Industrie seit einiger Zeit stärker fühlbar macht. Bemerkenswert aber ist vor allem, dass die Annahme der Regierungsvorlage einstimmig erfolgt ist. Von den 670 Millionen sind rund 100 Millionen für den Straassenbau, 70 Millionen für Hafengebauten, 120 Millionen für die Trinkwasserversorgung, 120 Millionen für die Elektrifizierung des flachen Landes und 210 Millionen für Schulbauten vorgesehen.

Wie Arbeitsminister Daladier am Sonnabend in der Kammer erklärte, wird es dank des Kredites möglich sein, die Stilllegung einer ganzen Anzahl von Bauplätzen zu verhindern, die sonst unvermeidlich gewesen wäre.

SPD. Der "Deutschlandbund", der kürzlich in Berlin mit einer Mücke-Versammlung zum erstenmal vor die Öffentlichkeit trat, hat sich, wie er in einem Rundschreiben mitteilt, folgende Aufgaben gesetzt:

Kampf gegen Lüge und Verleumdung, gegen Eigennutz und Korruption im öffentlichen Leben;

Kampf gegen Gewalt und Terror im Streit der politischen Parteien;

Kampf gegen die Herrschaft der Phrase, gegen unsachliche Auseinandersetzungen und politische Verflachung;

Kampf gegen politische Gleichgültigkeit und Entmutigung, aber auch gegen politische Grossmannssucht und wirtschaftlichen Dilettantismus;

Kampf gegen die Ausnutzung wirtschaftlicher und seelischer Notzustände des Volkes zu politischen Abenteuern.

Die Grundlagen des Deutschlandbundes in diesem Kampf sind: Die Liebe zu Deutschland, die Achtung vor der Reichsverfassung, der Glaube an unser Volk und seine Zukunft.

Das Büro des Bundes, der zugleich "eine Front der anständigen Menschen gegen Verwilderung und Verrohung des politischen Kampfes, gegen oberflächlichen und grossprecherischen Radikalismus bilden" will, befindet sich in Berlin NW 87, Siegmundshof 12.

SPD. Coburg, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Stadt Coburg bietet neben Thüringen und Braunschweig den sinnfälligsten Anschaungsunterricht über die Methoden, die zum Dritten Reich führen sollen. Seitdem die zwei Stahlhelm-Stadträte dem Kommando der Nazis unterworfen wurden, haben diese eine unbeschränkte Mehrheit im Rathaus und nutzen sie für die Stellenversorgung ihrer Anhänger rücksichtslos aus. Zunächst kam es ihnen darauf an, die städtische Polizei ganz in die Hand zu bekommen. Das letzte Hindernis war der städtische Polizeidirektor, dem sie jetzt wegen einer völlig nichtigen Sache ein Disziplinarverfahren mit sofortiger Beurteilung anhängten. Sein Stellvertreter hat natürlich das Nazi-Parteibuch in der Tasche und provoziert Tag und Nacht mit einem riesigen Hakenkreuz am Rockaufschlag.

Aber auch der erste Bürgermeister, der seinen Posten schon vor der Nazizeit bekleidete und im Rückgratbiegen immerhin schon einige Übung hatte, ist

den Hakenkreuzlern im Wege. Jedenfalls erreichten sie vor einigen Tagen, dass der erste Bürgermeister einen Urlaub auf unbestimmte Zeit antrat und seine Geschäfte in die Hände des dritten Bürgermeisters, eine hitlerischen Landtagsabgeordneten, legte, da der zweite Bürgermeister seit einiger Zeit im Krankheitsurlaub ist. Damit befinden sich alle massgebenden Posten der städtischen Verwaltung in den Händen der Nazis.

Ihre Machtfülle benutzen sie nun nicht etwa zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des städtischen Finanzelends, sie haben es vielmehr zunächst auf die "Säuberung" des Coburger Landestheaters abgesehen. Das ganze Theaterpersonal leidet schon seit einiger Zeit unter der Hakenkreuzfuchtel, ohne dass der Intendant jedoch ihrem Einfluss zum mindesten auf die künstlerische Leitung bisher nachgegeben hätte. Deshalb soll er sobald als möglich verschwinden, um irgend einem von dem thüringischen Volksbildungsminister ausgesuchten Parteimann Platz zu machen. Das wird allerdings nicht ganz so leicht sein, da der bayerische Staat ein Wort mitzureden hat, nachdem er trotz seiner Armut grosszügig $\frac{3}{5}$ des Theaterdefizits, nämlich rund 300 000 Mark in diesem Jahre, aus seiner Tasche gedeckt hat. Der Widerstand, den die Nazis hier finden, wird vielleicht auch noch auf die Polizei ausgedehnt, da der bayerische Innenminister beabsichtigt, die Leitung der städtischen Polizei in die Hand eines Staatskommissars zu legen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschäftigte sich am 16. und 17. Januar in der Hauptsache mit der Vorlage des Reichspostministers wegen Senkung verschiedener Postgebühren und mit der Frage des Ankaufs der Transradio-Anlagen seitens der Deutschen Reichspost.

Der Verwaltungsrat hat die Vorlage des Reichspostministers bezüglich der Tarifsenkungen mit grosser Mehrheit angenommen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Einführung einer 20 g-Stufe für Drucksachen und eines 4-Pf-Tarifs für die Drucksachen bis 20 g. Neben der Ermässigung der Gebühr für Postwurfsendungen auf 2 Rpf. werden ferner bei den Paketen von mehr als 10 kg Gewicht die Kilogrammzuschläge für die 2. bis 5. Zone um 5 bis 10 Rpf. herabgesetzt, sowie für dringende Telegramme und für dringende Ferngespräche nicht mehr das Dreifache, sondern nur noch das Doppelte der gewöhnlichen Telegraphen- bzw. Fernsprechgebühr erhoben. Künftig soll auch die Grundgebühr von 8 RM für Ortsnetze bis zu 400 000 Hauptanschlüssen gelten. Bis jetzt lag die Grenze bei 300 000 Hauptanschlüssen, so dass beispielsweise die Grundgebühr für Berlin, dessen Fernsprechnetzt mehr als 300 000 Hauptanschlüsse hat, nach der alten Regelung von 8 auf 9 RM hätte erhöht werden müssen. Schliesslich soll bei telegraphischen Postanweisungen die Mindestgebühr auf 2,50 RM herabgesetzt, die Staffelung von 50 zu 50 Rpf. bis zur 1000 Mark-Grenze durchgeführt und bezüglich der telegraphischen Aufträge im Postscheckverkehr eine Ermässigung um 50 Rpf. für jeden Auftrag eintreten. Die ermässigten Gebühren werden vom 1. März ab gelten.

Dem Antrag über den Ankauf der Transradio-A.G. für drahtlosen Ueberseeverkehr durch die Deutsche Reichspost stimmte der Verwaltungsrat ebenfalls mit sehr grosser Mehrheit zu. Ausserdem erledigte der Verwaltungsrat kleinere Vorlagen.

SPD. Paris, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

Zwischen der deutschen und der französischen Regierung ist am Sonnabend nach langwierigen Verhandlungen ein Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag zustande gekommen, das in der nächsten Woche in Berlin parafiert werden soll. Es handelt sich um die Zollfestsetzung der französischen Wirkwarenzölle, die seinerzeit zu den umstrittensten Positionen der Handels-

vertragsverhandlungen gehört haben.

Im Hinblick auf die Proteste der französischen Industrie, die den Zollschutz für unzureichend erklärte, hatte Frankreich sich damals die spätere Revision ausdrücklich vorbehalten. Tatsächlich ist es unter dem bisherigen Regime vor allem der deutschen Strumpfwarenindustrie gelungen, sich einen grossen Teil des französischen Marktes zu erobern. So ist die Einfuhr deutscher Baumwollstrümpfe von 7,2 Millionen Frank im Jahre 1928 auf 27,6 Millionen im Jahre 1929 gestiegen und dürfte in letzten Jahre den Betrag von 60 Millionen überschritten haben. Die französische Konkurrenz hat deshalb eine Erhöhung des Zollschutzes gefordert, der teilweise auf eine Verdoppelung der bisherigen Sätze hinausläuft.

Die Verhandlungen, die von dem Leiter der Wirtschaftsabteilung der Deutschen Botschaft Döhle geführt wurden, haben zu einem Kompromiss geführt, das den berechtigten Beschwerden der französischen Industrie Rechnung trägt, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Erzeugnisse zu gefährden.

SPD. Innsbruck, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische "Volkszeitung" in Innsbruck veröffentlicht nachstehende Enthüllungen über strategische Bauten Italiens an der tirolisch-italienischen Grenze :

"Die Italiener haben die Strasse vom Brenner bis Ala auf eine durchschnittliche Breite von 8 m gebracht. Man hat diese Verbreiterung der Brenner Strasse als eine Notstandsarbeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bezeichnet. In Wirklichkeit aber waren es strategische Rücksichten, die diese angeblichen Notstandsarbeiten auslösten. Eine 8 m breite Strasse zum Brenner bedeutet nichts anderes als eine doppelte Aufmarschstrasse nicht nur für Infanterie, sondern auch für Artillerie samt Train, sodass gut nebeneinander zwei Heereskolonnen gegen Norden marschieren können. Dazu kommt die doppelgleisige Bahn bis zum Brenner, sodass man von einer vierfachen Aufmarschlinie reden kann."

"Diese Tatsache wird wohl am besten dadurch bekräftigt, dass die Italiener an der Bahnstrecke Bozen-Brenner eine Reihe von Bahnhöfen mit grossen Ausladerampen vorgesehen haben, deren Zweck nur ein militärisch-strategischer sein kann. Die grösste dieser Rampen zieht sich von dem Ort Freienfeld bis in die Nähe von Sterzing heran und ist so lang, dass bequem drei Militärzüge gleichzeitig innerhalb 10 Minuten ausgeladen werden können. Dass gerade bei Sterzing diese grosse Rampe vorgesehen wurde, ist kein Zufall. Wie man nämlich erfährt, sind die Italiener auch daran, zwei Militärstrassen auf der Linie Sterzing-Gossensass zu erbauen. Die erstere geht durch das Pfitschertal zum Pfitscherjoch. Von dort aus ist der Uebergang von Gebirgstruppen mit Gebirgsartillerie ins Ziller Tal nach den Erfahrungen des Weltkrieges durchaus möglich. Was ein Einbruch der Italiener ins Ziller Tal für Innsbruck und ganz Nord-Tirol bedeutet, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden."

"Eine zweite abzweigung geht durch das Pflerschtal gegen die Tribulaun-Gruppe, von wo dann sowohl der Uebergang ins Oberrn-Bergtal und ins Geschnitz-Tal möglich ist. Beide Strassen flankieren den Brenner und gestatten weitgehende Umgehungen des Brenner Sattels. Die strategische Bedeutung dieser Strasse als Einbruchsstelle ins Inntal fällt auch dem Laien ohne weiteres auf.

Eine dritte strategische Strassenverbindung geht von Meran durch das Passeier-Tal, von wo dann der Bau einer Militärstrasse zum Uebergang ins Oetz-Tal bereits in Angriff genommen ist.

Der Hauptgrund für die Schaffung dieser strategischen Bauten liegt in dem Plan Italiens auf Errichtung eines grossen mitteleuropäischen faschistischen Blocks, bestehend aus Oesterreich, Deutschland, Ungarn und Italien mit der Spitze gegen Frankreich und die Kleine Entente. In diesen Plan sind ge-

wisse Führer der österreichischen Heimwehr, vor allem der Kapp-Putschist Pabst, völlig eingeweiht. Diese Herrschaften würden nicht davor zurückschrecken, das österreichische Volk dem Faschismus als Kanonenfutter zur Verfügung zu stellen unter der Bedingung, dass Mussolini dem Austro-Faschismus zur Macht in Österreich verhilft."

SPD. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags ist für Mittwoch, den 28. Januar zu seiner ersten Sitzung nach der Weihnachtspause einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen nicht weniger als 52 Anträge, die sich mit Privatklagesachen und Ersuchen um Strafverfolgung gegen Abgeordnete befassen. Von den Nationalsozialisten liegen Anträge vor, die in 16 Fällen die Einstellung verschiedener Strafverfahren gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels verlangen. In zwölf Fällen wird die Einstellung von Strafverfahren gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Koch-Ostpreussen beantragt, in sieben Fällen die Genehmigung zur Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Schneller.

SPD. Warschau, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Warschauer Sektion des polnischen Juristenverbandes, die sich mit den schmachvollen Vorgängen im Gefängnis von Brest-Litowsk befasste, nahm eine Entschliessung an, in der die Brester Vorkommnisse mit grosser Mehrheit entschieden missbilligt werden und nach der gegen die Verantwortlichen, den früheren Justizminister Car und den gegenwärtigen Justizminister Michalowski, als Mitglieder des Juristenverbandes, ein Verfahren vor dem Standgericht der Juristenorganisation beschlossen wurde.

Im Verlauf der Debatte erklärte der Präsident des obersten Gerichtshofes in Polen, Supinski, dass er die Brester Vorfälle aufs schärfste missbillige. Die Haltung der gesamten polnischen Gesellschaft müsse derartige Vorfälle für die Zukunft unmöglich machen. Er schäme sich angesichts der öffentlichen Meinung des Auslandes und angesichts seines eigenen Gewissens.

SPD. Genf, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Europa-Ausschuss befasste sich am Sonnabend mit der Frage, welche Staaten über die bereits vertretenen hinaus noch zu Beratungen hinzugezogen werden sollen.

Deutschland und Italien traten für eine sofortige Einladung von Russland und der Türkei ein. England will, dass für die Behandlung der Wirtschaftsfragen nicht nur Russland und die Türkei, sondern alle bisher nicht vertretenen Staaten der Welt eingeladen werden. Die Schweiz, Holland und Belgien sind entschieden gegen die Einladung Russlands und der Türkei, während Frankreich und Rumänien durch das Sekretariat bei Russland und der Türkei anfragen lassen wollen, ob sie zu einer Mitarbeit bereit sind. Ein Komitee, das aus je einem Vertreter Deutschlands, Italiens, Rumäniens, der Schweiz und England mit Briand als Vorsitzendem besteht, soll nunmehr versuchen, eine Einigungsformel vorzuschlagen. Sie ist wahrscheinlich Montag nachmittag Gegenstand der Aussprache.

In der öffentlichen Sitzung des Ausschusses wurde die Wirtschaftsdebatte fortgesetzt. Nach einem wirkungsvollen Appell von Henderson an die europäischen Regierungen, die Geduld der Freihandelsstaaten nicht zu überspannen, hielt Marinkovitsch-Jugoslawien eine ausgezeichnete Rede, in der er hauptsächlich die in dem Vortrag von Colijn fehlenden Fragen ergänzte. Er sagte, man dürfe nicht von "entweder Freihandel oder Schutzzoll" sprechen, sondern müsse die

verschiedenen Systeme nebeneinander bestehen lassen. Auch könne man nicht ein einheitliches Netz von Abkommen über ganz Europa ziehen.

Colijn ergänzte seinen Vortrag wirkungsvoll, indem er nochmals auf die Bedeutung des Zollwaffenstillstandes aufmerksam machte, ohne den es keinen Fortschritt in Europa gebe. Aber er fügte hinzu, dass daneben die Vielfältigkeit der Frage eindeutig sei und Produktionsbeschränkungen bei der Landwirtschaft sowie Agrarkredite der nächste Schritt sein müssten.

Die Entwicklung lässt sich noch nicht übersehen. Man weiss noch nicht, ob ein Unterkomitee für die praktischen nächsten Schritte gebildet werden soll oder ob die versteckte englische Anregung der Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz der Regierungen durchgeführt wird.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags beantragten Deutsche nationale und Nationalsozialisten am Sonnabend bei der Beratung des Etats der Reichskanzlei, die Stelle eines Reichsministers ohne Geschäftsbereich (das Amt des Ministers Treviranus) zu streichen.

Auf die Frage des Abg. Hermann Müller-Franken (Soz), wie lange der Reichsminister ohne Geschäftsbereich amtieren soll, erklärte Staatssekretär Pünder, dass sich kein wesentlicher finanzieller Unterschied daraus ergebe, ob ein Reichsminister oder ein Reichskommissar mit einer Aufgabe wie der Osthilfe betraut werde. Sowohl der Reichspräsident wie das Reichskabinett hielten es bei der grossen Wichtigkeit der Ostfrage für wünschenswert, dass der Reichskommissar mit Stimmrecht im Kabinett vertreten sei.

Deutsche Volkspartei, Landvolk und Zentrum sprachen sich gegen die Streichung aus, die schliesslich auch abgelehnt wurde.

SPD. London, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

Die angekündigte Aussperrung von 220 000 Arbeitern der Baumwollindustrie von Lancashire ist am Sonnabend in Kraft getreten.

Die Bergarbeiter von Süd-Wales nahmen in einer Urabstimmung die von den Bevollmächtigten Londons mit den Unternehmern geschlossenen Abmachungen an. Damit ist der 14 Tage währende Streik der 150 000 Bergarbeiter zu Ende. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen. Die Bergarbeiter haben für die nächsten drei Monate den 7/8 Stundentag und die bisherigen Löhne gesichert.

SPD. Paris, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

In Paris haben sich unter Führung der Wochenschrift "Notre Temps" (Unsere Zeit) etwa 200 der namhaftesten Geistesvertreter Frankreichs zusammengetan und einen Aufruf zur europäischen Zusammenarbeit um die deutsch-französische Verständigung veröffentlicht. Die Unterzeichner, zu denen fast alle Grössen der heutigen Geistesgeneration gehören, schrecken nicht davor zurück, die grossen Gefahren, die Europa aus dem Wiedererwachen des Nationalismus drohen, beim richtigen Namen zu nennen und in den Mittelpunkt ihres Programms zur Befriedung des Kontinents die deutsch-französische Verständigung und als die hierzu notwendige Vorbedingung die Revision der Verträge zu stellen.

"Zur Stunde, heisst es in dem Aufruf, da in dem noch blutenden Europa aufs neue von allen Seiten Kriegslärm ertönt, erheben sich die französischen Intellektuellen, um zum Kampfe gegen die internationalen Ruhestörer und blinden Mitläufer des Nationalismus aufzurufen. Es muss mit allen Mitteln eine neue Katastrophe verhindert werden, die die Zivilisation unseres Kontinents vernichten würde. Wir wollen beweisen, dass das wahre Gesicht Frankreichs nicht

Hass und Krieg ist und wir wollen dartun, dass es jeden wirklichen grossen Volkes unwürdig ist, zur Austragung von Schwierigkeiten jeder Art zur Waffe zu greifen. Krieg ist Verbrechen!"

Frankreich müsse ehrlich - so heisst es in dem Aufruf weiter - daran mitarbeiten, das neue Europa zu gestalten und zu diesem Zweck mit der verderblichen und überlebten Politik des Prestiges und der Waffe brechen Eingedenkter seiner Vergangenheit müsse es den Mut finden zu der Erklärung, dass dieses neue Europa und die deutsch-französische Verständigung, die die Voraussetzung jeder fruchtbaren internationalen Zusammenarbeit bildeten, nur möglich seien auf Grund freier, mit der Zustimmung aller beteiligten Völker zustandegekommener Verträge.

SPD. London, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

Eine Nachwahl im Kreise Bristol brachte der Arbeiterpartei einen bemerkenswerten Erfolg. Der Kandidat Sir Stafford Chripps siegte mit einer Mehrheit von 11 324 Stimmen und behauptete damit das Mandat für die Labour Party. Die Konservativen erhielten 7 937, die Liberalen 4 010 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug nur 66 Prozent.

SPD. Der Berliner Magistrat hat gegen die Direktoren des Pfandbriefamtes Wege und Le Viseur bei dem Oberpräsidenten von Berlin-Brandenburg ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung beantragt. Den beschuldigten Direktoren werden satzungswidrige Geschäfte und die Beteiligung an merkwürdigen Transaktionen der Stadtschaftsbank vorgeworfen. Wie es heisst, sollen auch noch andere Mitglieder des Aufsichtsrats dieser Bank, und zwar ausschliesslich Persönlichkeiten aus der Deutschnationalen Partei und der Wirtschaftspartei, an den Transaktionen beteiligt und durch die bereits seit Wochen eingeleitete Untersuchung stark belastet sein.

Eine amtliche Verlautbarung der Stadt Berlin zu dem Skandal liegt bisher noch nicht vor.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Bronnen und Goebbels.

SPD. Ein deutscher Mann mag keinen Juden leiden, doch seine Weine trinkt er gern.

In den die Rassefragen betreffenden Schriften der Nationalsozialisten wird stets betont, dass körperliche Gebrechen von Geburt an auf rassische Minderwertigkeit hinweisen. Irgend ein ostischer Mensch, also ein niederrassiger im Sinne der NSDAP nimmt sich ein nordisch Weib, um die verhasste "Herrenrasse" mit seinem Untermenschentum zu verseuchen und hinabzuziehen in den Strudel der Minderwertigkeit. Von den bösen Juden mit ihrer Vorliebe für Schändung nordischen Blutes (Näheres siehe in Streicher's "Stürmer") ganz zu schweigen. Gott sei Dank hat aber die Natur dafür Sorge getragen, dass solche Anschläge auf das kostbare Erbgut der Erzariier nicht unbemerkt vorübergehen; denn - nach Ansicht der NSDAP-Rassenforscher - zeigt der Nachwuchs solcher Liebesirungen deutliche Anzeichen der Degeneration. Wenn also ein unschuldiges Kind mit einem Klumpfuss oder einer sonstigen Missgestaltung zur Welt kommt, dann ist dies die ausgleichende Gerechtigkeit für die Rassenschande seiner Vorfahren.

Ein lebendes Beispiel dieser Theorie ist die Gestalt des Herrn Reitpeitschen-Goebbels. Nicht nur, dass sein Ponim alles andere als nordisch ist, nein, sein Klumpfuss dokumentiert geradezu seine rassische Minderwertigkeit. Mag er auch äusserlich sich wie ein alter Teutone gebärden und täglich beim Frühstück zehn Juden verschlingen, das Gefühl niederrassigen Herkommens zieht ihn doch wieder hinab in den Sumpf der Väter. Blut ist eben ein besonderer Saft und lässt sich nicht durch Phrasen vom Dritten Reich hinwegwischen. Ein bezeichnendes, ja zwingendes Beispiel für die Richtigkeit dieser Ausführungen war Goebbels höchst persönliche Anwesenheit bei der Hochzeit des Dichters Arnolt Bronnen am 17. Dezember 1930 in der Pauluskirche zu Zehlendorf. Arnolt Bronnen, dessen Vater noch Bronner hiess und am 10. Dezember 1886 vor dem Magistrat der k.u.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien seinen Austritt aus dem Judentum erklärte, hat seit einiger Zeit den Weg zum Dritten Reich gefunden. Zwar behauptet Bronnen bei allen möglichen Gelegenheiten, deutscher Abstammung zu sein. Eingeweihte wollen aber wissen, dass dieser Baldur auf Urlaub den kleinen Vaternord nur mit Rücksicht auf seinen Intimus Goebbels begeht; denn selbiger Erzariier muss doch fürs Dritte Reich ein einwandfreies Alibi haben. So begab es sich also, dass der grosse Josef seinen Klumpfuss in Bewegung setzte und in Begleitung seines Adjutanten Graf Schimmelmann nach Zehlendorf fuhr, um dort der slawischen Mäusebraut und ihrem Arnolt seinen persönlichen Segen zu erteilen.

In diese echte Festesfreude fiel leider ein bitterer Tropfen. Der "Völkische Beobachter" schrieb am selben Tage einen giftigen Artikel über Arnolt Bronnen, den Judenstämmling, der es wagt, sich an die NSDAP heranzuschlängeln. Doch solche Irrungen aus München stören Herrn Dr. Goebbels recht wenig, weil die Münchener ja in Hinsicht auf Rassenfragen von keiner Ahnung getrübt sind. Herr Bronnen ist nicht niederrassig. Er ist gross, blauäugig, trägt ein Monokel und hat - keinen Klumpfuss. Ausserdem, wenn der grosse Josef Herrn Bronnen für couleurfähig hält, dann ist er es eben. Schliesslich ist eine Hochzeitsfeier bei einem so berühmten Zeitgenossen auch nicht zu verachten. Und im übrigen ihr dummen Münchener Rassefanatiker, was besteht denn eigentlich für ein Unterschied zwischen Goebbels und Bronnen? Nach Ansicht führender Rasseforscher ist weder Bronnen noch Goebbels einwandfrei. Bronnen hat das nordische Ponim und die jüdische Seele, Goebbels das jüdische Ponim und die nordische Seele. Passen sie nicht glänzend zusammen!? Nebbich, die Zucht-hausanträge der NSDAP für Rassenschande sind doch nur für die Dummen.

So war denn auch die Hochzeitsfeier bei erlesenen Weinen und vorzügli-

chem Essen eine recht vergnügliche Angelegenheit. In den frühen Morgenstunden erhob sich die Mäusebraut und hielt eine vor Ehrfurcht und Ergebenheit tiefende Lobrede auf den grossen Josef, der trotz der Anwesenheit von vielen Reichswehroffizieren im Mittelpunkt der koscheren Hochzeit stand. Soweit die tatsächlichen Vorgänge bei der Hochzeit Bronnens. Die Angelegenheit hat aber noch eine andere höchst bezeichnende Seite. Der Führer einer grossen antisemitischen Partei geht zur Hochzeit eines im Sinne seiner Partei verdammungswürdigen Judenstämmings, trinkt dessen Weine und lässt sich an der Tafel feiern, während seine Münchener Parteigenossen Schmähungen über den jüdischen Gastgeber ausgiessen. Man sollte nunmehr annehmen, dass der persönliche Anstand des Berliner Gauführers so hoch entwickelt wäre, dass er sich schützend vor seinen Freund Bronnen stellen würde. Weit gefehlt! Herr Goebbels rührt keinen Finger, um seinem Freunde Bronnen die notwendige Rückendeckung zu geben. Echt "deutsch". Was sagt Herr Bronnen zu dieser Art von Anstand?

SPD. In dem Buch von Weigand von Miltenberg "Adolf Hitler Wilhelm III.", das kürzlich im Verlag Ernst Rowohlt erschienen ist, wird Adolf Hitler ausgezeichnet charakterisiert. Der Verfasser muss den nationalsozialistischen Führer aus allernächster Nähe kennen - sonst hätte er ihn unmöglich so scharf porträtieren können. Es heisst da :

"In dem Österreicher Hitler lebt noch das Grazie des alten Habsburger Untertanen. Charmant, lebhaft, das gute Kind mit Trotz, Schmollen, Lächeln und Weichheit... Die süddeutsche Atmosphäre trägt ihn, in Berlin wäre er nach längerem Aufenthalt arbeitsunfähig. Damit liegt über seinem Wesen und Charakter ein dem harten Politiker entsetzlich anmutendes Weichsein, alle formidablen Gesten, alle Forsche sind nichts als erzwungener Krampf. Er ist sensibel bis zum Ekelerregen und pendelt in seinen Stimmungen zwischen Grinzing und dem Prater, mit einer Sprunghaftigkeit, die seine norddeutschen Mitarbeiter nie warm werden lässt...

Er kann die ganze Skala herunterspielen, vom "guten Jungen", der seiner mütterlichen Freundin Bechstein etwas pratschig die Hand küsst (wofür sie ihr und ihrer Klavierfabrik Vermögen seiner Sache geopfert hat), bis zum zartbesaiteten, philosophisch getränkten Künstler, dem das Leben Wunden schlägt... In der Umgebung Otto Strassers erzählt man sich, dass bei jener Unterredung zwischen dem "Abgesplitterten" und dem Parteipapst der letztere nicht weniger als dreimal geweint habe. Tränen, die er ebenso selbst glaubt, aber auch gleichzeitig gegen den Gegner als Waffe benutzt. In feierlichen Händedrücken und Augenaufschlägen ist er unerreicht.

Aber all dieses streift stets um ein Haar den Kitsch. Was er in der Nacht vom 8. auf 9. November 1923 an Romantik geliefert hat, würde keine Schmiere aufzuführen wagen... Schlimm wird es, wenn er ganz unvermutet vor eine Situation gestellt wird. Dann entpuppt sich der Parvenu - er gerät entweder vollends mit Toben ausser Form oder wird beängstigend linkisch. Ich sah ihn einmal in einem Hotel über einen Teppichläufer stolpern. Man kann sich Mussolini hierbei gar nicht vorstellen. Hitler aber bot tatsächlich eine Minute lang das Bild eines über kleinstem Objekt Auseinanderfallenden. Er sah sich mehrmals nach dem bösen Läufer um...

Hitlers Person und seine Kleidung sind eine Diskrepanz ohnegleichen. Er hat weder ein für ihn charakteristisches Kleidungsstück noch überhaupt irgendeine Montur, die er seiner Haltung untertänig gemacht hätte. Dazu kommt eine erschreckende Geschmacklosigkeit. ...Selbst das Braunhemd, das jedem einigermaßen gut Gewachsenen eine anständige äussere Form gibt, zerfleddert er in der Wirkung dadurch, dass er entweder plumpe, halbhohle Schaftstiefel dazu trägt oder sich vom Gürtel ab "oberbayrisch" gehabt, mit grossmütterlichen hässlich-grauen Stutzen. Die Züge des Gesichts, in dem als erschreckender

Mittelpunkt unter der Nase die schwarze Fliege steht, sind alle weich und rund... Seine Liebe zum nordischen Gedanken dokumentiert Hitlers Kopf dadurch, dass er eine ausgesprochen dinarische Schädelform zeigt, sein Geburtsort Braunau in Deutsch-Österreich, nahe der bayerischen Grenze, also auch mit seiner rassischen Herkunft übereinstimmt...

Die innere Gehaltenheit, die in der inneren, ihrer Aufgabe bewussten Sicherheit des Führers ruht, hat ihm stets gefehlt. So kann es vorkommen, dass er einen Vorbeimarsch abnimmt und dabei die Hände auf dem Bauch gefaltet hält wie eine Berliner Zimmervermieterin. Keine seiner Gesten ist fertig, abgerundet. Aus jeder spricht die Ängstlichkeit des kleinen gehobenen Mannes, der befürchten muss, wieder etwas falsch gemacht zu haben...

Der Dinge ärgstes jedoch ist die Peitsche, die er fast stets bei sich führt. Es ist dies etwa keine lange Reitgerte, die der Diktator im Zorn federnd gegen den Unterschenkel schlagen könnte, damit die Schärfe oder Dringlichkeit eines Kommandos unterstreichend, sondern es ist eine - Hundepeitsche. Mit dickem silbernem Knopf und kurzer stummeliger abgenutzter Lederkordel. Zuweilen hält er sie wie einen Marschallstab und dann glaubt man jeden Augenblick, das Glockenzeichen zum Beginn der Zirkusvorstellung zu hören. Diese Peitsche ist ein Symbol; sie langt einfach nicht. Sie ist nicht kurz genug, um als Stab zu dienen, und nicht lang genug, um Federung zu verleihen. Diese Peitsche ist ein Dilettant - wie der ganze Mann."

SPD. Als die Nazis in den letzten Reichstagswahlkampf zogen, bestellten sie in Berlin 93 Personenwagen. Man hätte annehmen sollen, dass die deutschen Mannen schon mit Rücksicht auf den deutschen Automobilmarkt und schliesslich nicht zuletzt mit Rücksicht darauf, dass Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos sind und geradezu nach Arbeit lechzen, Automobile deutscher Herkunft gekauft haben würden. Aber nein! Man ging zu Ford, dem amerikanischen Automobilkönig, der an dem Geschäft etwa 50 - 60 000 Mark verdient haben dürfte. Eine nette Illustration zu dem Nazi-Wort: "Deutsche kauft deutsche Waren".

SPD. Stuttgart, 17. Januar (Eig. Drahtb.)
Die sozialdemokratische "Schwäbische Tagwacht" berichtet über einen Vorfall, der unglaublich erscheinen würde, wenn er nicht unwiderlegbar als Tatsache öffentlich sichtbar wäre.

Die Stuttgarter uniformierten Landsknechte der Nationalsozialisten, die SA-Leute, brauchten Mäntel und da sie einen geschlossenen Sturmtrupp einer Partei bilden, waren sie auf einheitliche Mäntel bedacht. Seit einigen Tagen sind sie im Besitz solcher Mäntel und zwar Mäntel der württembergischen Schutzpolizei. Der Preis, den sie für die Mäntel, etwa 70 an der Zahl, bezahlt haben bezifferte sich auf ganze 7 Mark pro Stück. Die Mäntel sollen angeblich für die Polizeibeamten zu klein sein. Für die Nazigardisten sind sie nicht zu klein. Man sieht sogar sehr lange Kerls darin herumlaufen. Nicht einmal die Uniformknöpfe sind daran durch andere ersetzt worden. Innen ist sogar noch der Stempel "Württembergische Schutzpolizei" eingedrückt. Die Mäntel sollen aus der Polizeischule in Weingarten im schwäbischen Oberland stammen.

Wie die Nationalsozialisten zu diesen billigen Polizeimänteln gekommen sind, ist bis jetzt nicht festgestellt. Die "Schwäbische Tagwacht" fragt deshalb den württembergischen Innenminister und Staatspräsidenten Bolz, ob er davon Kenntnis habe, dass die Angehörigen einer Bürgerkriegs-Partei in Polizeibeamtenuniform öffentlich auftreten können.

aus aller Welt

In der Eulen-Bar...

Wenn der Besuch aus Hinterpommern die "Innere Mission" sucht.

SPD. Die ehrsame Schneidermeistersgattin Elfriede Bartelsmann wurde vom Schöffengericht Berlin-Moabit wegen tätlicher Beleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu einer Geldstrafe verurteilt.

Es ist gewagt, mit berlinischen Verhältnissen nicht vertraute ehrwürdige Tanten ganz ohne Rückendeckung nach Berlin kommen zu lassen. Auch Tante Elfriede, die irgendwo in Hinterpommern an der Seite ihres braven Gatten ihren familiären Kohl baut, musste die Gefährlichkeit dieses Experiments mit bitteren Überraschungen bezahlen. Dass sie im Verlauf eines durchaus friedlich gedachten Besuchs ihrer Berliner Verwandten mit dem auf Boxkämpfe gar nicht trainierten Geschäftsführer einer Bar in handgreifliche Auseinandersetzungen geriet, zu welchem Exzess sich später noch ein ausgewachsener Widerstand gegen die zur Wiederherstellung der Ordnung herbeieilende Staatsgewalt gesellte, hätte sie sich wohl nicht im geringsten träumen lassen. Vom Wandertrieb ergriffen hatte sich die Tante, die auch nicht mehr zu den Jüngsten zählt, aus ihrer hinterpommerschen Idylle aufgemacht und war peinlich überrascht, bei ihrer Ankunft in der Reichshauptstadt von den Verwandten niemand an der Bahn zu sehen. Sie gab ihr Gepäck am Bahnhof auf, nahm ein Taxi und fuhr spornstreichs zu der im Norden der Stadt gelegenen Wohnung ihrer Lieben. Hier stellte Tante Elfriede zu ihrem höchsten Befremden fest, dass die Wohnung verwaist war und sich auch auf ihr stürmisches Klingeln kein Mensch sehen liess. An der Tür aber hing ein Zettel, auf dem die mysteriösen Worte zu lesen waren "Liebe Tante! Wir können leider nicht zu Hause bleiben, da wir zu einer wichtigen Sitzung der inneren Mission in die Eulen-Bar müssen. Gehe solange in ein Hotel. Viel Vergnügen und gute Verrichtung. In Liebe..." (Folgt Unterschrift)

Tante Elfriede war, dies bleibt festzustellen, von dem seltsamen Schreiben an der Wohnungstür zuerst etwas peinlich überrascht, aber da sie nach einiger Ueberlegung annahm, dass die Sitzung der "Inneren Mission" gewiss eine würdige, erbaulichen Zwecken dienende Angelegenheit sei, die kein rechtlich denkender Mensch aufschieben dürfe, so war sie bald versöhnt. Doch neugierig, wie die Menschen sind, wenn sie nach Berlin zu Besuch kommen, beschloss Tante Elfriede, sich an der Sitzung in der Eulen-Bar aus mehr äusseren als inneren Missionsgründen zu beteiligen. Wenn ihr auch der etwas zweideutige Name des Lokals, in dem die innere Mission tagte, ein wenig unheimlich aufsties, so überwand sie doch mit dem Mute der Verzweiflung alle Hemmungen, rief einen Wagen heran und sagte: "Lieber Mann, fahren Sie mich doch nach der Eulen-Bar. Sie wissen ja, wo immer die innere Mission tagt!" Höchst seltsamerweise ging der Chauffeur auf dies vorteilhafte Beschäftigungsangebot nicht ein, sondern sah Tante Elfriede mit einem langen, wie ihr schien, höchst verächtlichen Blick an, spuckte kräftig aus und sagte im schönsten Berliner Dialekt: "Wat denn, wat denn, Sie oller hässlicher Vogel? Bei Ihnen piepts wohl, wa? Haben Sie det nötich, bei Ihre Aufmachung in die Eulen-Bar zu schaukeln? Jehnse man schlafen und sorgense für Ihre weinende Familie..." Tante Elfriede war vor Enttäuschung und Staunen sprachlos, dann meisterte sie mühsam ihren gerechten Zorn,

sagte mit edler Würde zu dem noch immer behaglich grinsenden Chauffeur "Lümmel" und wandte sich dann einem seiner Kollegen zu mit dem Auftrag, sie zur Eulen-Bar zu befördern.

+

Tante Elfriede glaubte zu träumen. Sie fuhr durch Strassen, die im Lichterglanz blinkten, fast von jeder Hausfassade schrienen ihr glitzernde Reklamen sehr weltliche Lockungen zu und sie konnte sich gar nicht genug wundern, dass die Innere Mission ausgerechnet in einer derart von Versuchungen erfüllten Gegend ihre Sitzungen abzuhalten pflegte. Plötzlich war die Tante am Ziel ihrer Wünsche angelangt. Vorerst liess sich noch nichts Genaueres feststellen. Die Fenster waren verhängt, eine leuchtende Eule, die ein etwas faunisches Grinsen an den Tag, bzw. an die Nacht legte, wies den Weg und am Eingang klebte ein weisses Plakat mit den lapidaren Worten "Hier ist's richtig!"

Merkwürdig, höchst merkwürdig, in welcher seltsamen Räumen die Innere Mission ihrer Mission nachging. An den Tischen und in diskret verhangenen Nischen sassen allzu sichtbar verliebte Leute, die sich von Zeit zu Zeit zuprosteten, in einer Ecke wurde nach den Klängen einer leichthysterischen Kapelle wild und mit schrecklich viel Temperament getanzt und an der Bar stand eine verwegene bemalte Jungfrau vollschlanker Prägung und mixte den seltsamen Missionaren allerlei gepfefferte Getränke, die man gemeiniglich als Alkohol zu bezeichnen pflegt. Alles in allem, Tante Elfriede aus Hinterpommern, die von derlei mit innerem Entsetzen schon gelassen hatte, war erschüttert, als sie so dem Beelzebub gleichsam Auge in Auge gegenüber trat. Zu ihrem Schrecken musste sie dann noch feststellen, dass sich aller Augen, teils verwundert, teils vergnügt, teils hämisch, auf sie gerichtet hatten.

+

Tante Elfriede glaubte, vor Scham in den Erdboden zu versinken. Allerdings schien ihr jetzt in einem schlanken jungen Mann, der im Gesellschaftsanzug, eine Blume im Knopfloch, an sie herantrat und sie nach eventuellen besonderen Wünschen befragte, Rettung zu winken. Dankbar sah Tante Elfriede diesem wahren Ritter ins Gesicht und sagte mit hastiger Stimme: "Um Gottes Willen, was soll ich bloss machen? Ich suche die Familie Glubsch, sie ist hier bei einer Sitzung der Inneren Mission. Führen Sie mich doch bitte hin-" Der Mann mit der Blume im Knopfloch schien vor Verwunderung zu erstarren, seine Augen weiteten sich und wurden blank wie Glaskugeln. Dann grinste er plötzlich in geradezu satanischer Weise, machte eine Verbeugung und sagte wiehernd: "Aber Gnädigste, Sie sind ja mitten drin! Ich bitte Sie dringend, sich zu bedienen.." Worauf Tante Elfriedes hinterpommersches Blut aufwallte und sie dem erbleichenden jungen Mann mit der Blume im Knopfloch links und rechts ein paar schallende Ohrfeigen gab. Der rief, von so viel Angriffslust erschüttert, eine Schupoststreife herein, die die Tante bat, die Eulen-Bar stehenden Fusses zu verlassen. Tante Elfriede schrie: "Nein, zum Donnerwetter! Wo ist die Familie Glubsch?" Die Schupos baten sie, in Erfüllung ihrer Pflicht, noch mehrmals hinaus ins Freie, aber die empörte Tante bestand auf ihrem Nein und auf der Familie Glubsch. So war der Tatbestand des Widerstands erfüllt und die Gerechtigkeit nahm auch in Sachen des gehorfeigten jungen Mannes ihren freien Lauf. Was aber dem Bar-Abenteuer der Tante Elfriede einen fast tragischen Schimmer gibt, ist die Tatsache, dass sich Glubschs im letzten Augenblick noch entschlossen hatten, nicht in die Eulen-Bar, sondern in die Papageien-Diele zu gehen. Wie gesagt, der Inneren Mission wegen.....

Kuka.

+

+

+

10 000 Francs erbeutet. In einem Leihhaus des Pariser Vorortes Vincennes erbeuteten Einbrecher 10 000 Francs Bargeld. Sie brachen vom Eisenbahngelände aus ein Loch in die Mauer des Gebäudes und durchschnitten dann im ersten Stockwerk mit einem Sauerstoffgebläse die 40 Zentimeter dicke Stahltür des Geldschrankes. Anscheinend haben die Diebe eine genaue Sachkenntnis der Örtlichkeit des Hauses gehabt, da sie nirgends eine der zahlreichen Alarmanlagen berührten.

Verhaftung der Kölner D-Bankräuber. Im Verein mit der Dortmunder Kriminalpolizei gelang Beamten der Kölner Kriminalpolizei die Festnahme der beiden Bankräuber, die vor etwa zehn Tagen in Köln-Lindenthal die Depositenkasse der Deutschen Bank um 10 000 Mark beraubt hatten. Die Verhafteten - ein Metzger Waldau und ein arbeitsloser Chaffeur Inven - wurden in das Kölner Gefängnis eingeliefert.

+ + +
Expedition auf den Berg Buddhas. "Heim der Götter", "Berg Buddhas", nennen die buddhistischen Priester den Mount Kamet, einen Gipfel der westlichen Himalaya-Kette und berichten, dass seltsame Menschen von affenartigem Aussehen dort oben hausen sollen. Nun hat Frank Smythe, ein englischer Hochtourist, der erst im vergangenen Jahre eine Besteigung des Kindschindschinga unternommen hatte und sie unter unsäglichen Strapazen aufgeben musste, neuerdings eine Expedition englischer Alpinisten zusammengestellt, die sich die Bezwingung des 25 431 Fuss hohen Mount Kamet zum Ziel gesetzt hat. Die Expedition soll im nächsten Monat mit dem Aufstieg beginnen.

+ + +
Fair oder unfair? Eine literarische Mystifikation ist einem Schriftsteller in Prag gelungen. Da die Kritik bisher seine Theaterstücke ungünstig besprochen hat, liess er auf einer Prager Vorstadtbühne sein neues Stück als Drama eines spanischen Autors namens Ricardo Gomez, der bereits in Paris und anderwärts erfolgreich aufgeführt worden war, starten. Die Kritik fiel darauf herein und besprach das Stück wohlwollend. Als es sich dann herausstellte, dass Ricardo Gomez eigentlich der tschechische Schriftsteller Emil Synek war, wurden die Herren Kritiker sehr aufgeregt und stellten Betrachtungen an, ob seine Mystifikation fair war oder nicht.

+ + +
Eine geheimnisvolle Epidemie. Im Bezirk von Rosenheim (Bayern) wird seit einigen Tagen das Auftreten einer bisher völlig unbekanntem Krankheit festgestellt. Sie äusserst sich in hohem Fieber und starken Rückenschmerzen. In Rosenheim tritt die Epidemie besonders stark auf, die Betriebe können nur unter grossen Schwierigkeiten weiter arbeiten, da das Personal massenweise erkrankt ist. Die Bevölkerung befindet sich in grosser Erregung, weil bereits mehrere Todesfälle als Folge dieser rätselhaften Krankheit zu verzeichnen waren.

+ + +
Schwergewichtler der Diebstahlsbranche. Drei wirklich "schwere" Jungen statteten einer Biskuitfabrik in Berlin-Lichtenberg einen Besuch ab. Sie drangen bis zum Kontor vor, rissen einen mehr als zwei Zentner schweren Tresor aus der Wand und schleppten ihn zu einem unten haltenden Lastauto. In dem mitgenommenen Tresor befanden sich 2 500 Mark.

+ + +
Widhahn ein Opfer der Berge. Der Berliner Sportlehrer Widhahn, der sich in Graubünden auf einer Skitour befand und seit einiger Zeit vermisst wird, ist nun als Leiche aufgefunden worden. Die zuerst aufgetauchte Vermutung, Widhahn sei einem Verbrochen zum Opfer gefallen, ist hinfällig, da die Untersuchung ergeben hat, dass Widhahn von einer Lawine verschüttet worden ist. Trotz akuter Lawinengefahr hatte Widhahn eine Skitour angetreten.

+ + +
Erdbeben in Mexiko. Nach dem grossen Erdbeben, das in Mexiko viel Unheil angerichtet hat, sind bereits wieder 14 neue Erdstösse verzeichnet worden. In dem südlich von Oaxca gelegenen Ort Misuatlan wurden 20 Personen getötet.

Nach dem Sturm.

Zur Lage im Ruhrrevier.

SPD. Im Ruhrgebiet ist mit dem Abschluss des Lohnkampfes der Bergarbeiter plötzliche eine Ruhe eingetreten, die geradezu unheimlich wirkt. Die mit so grossem Geschrei von den Kommunisten angekündigte zweite Streikwelle, die nach der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs einsetzen sollte, ist völlig ausgeblieben. Nicht eine Spur von irgendeiner neuen Streikwelle wurde sichtbar. Es ist, als habe die ganze Bewegung der RGO ein tödlicher Schlag getroffen. Das Gerede der kommunistischen Ruhrpresse über den von der RGO neu gegründeten "Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands" wirkt wie ein schlechter Witz. Wenn es in dem Statut dieser kommunistischen Krampforganisation heisst, die RGO im Ruhrgebiet sei zur Massenbewegung der organisierten und unorganisierten Bergarbeiter geworden, so muss das dem Arbeiter des Ruhrgebiets, der aber auch rein garnichts von einer solchen Massenbewegung unter Führung der RGO zu entdecken vermag, wie eine Kinderei vorkommen.

Die Bevölkerung des Ruhrreviers ist froh, dass es noch verhältnismässig glatt abging; denn wie eine unheildräuende Gewitterwolke hing wochenlang die Streikgefahr über den Kohlenschächten. Die breite Öffentlichkeit fürchtete diese Gefahr, weil sie - besser wie die Unternehmerpresse um die Stimmung der Bergarbeiter Bescheid wusste. Der Streik war nicht nur eine Möglichkeit - er war auch höchste Wahrscheinlichkeit, und er wäre im Ernstfall von den Bergarbeitern mit beispielloser Wucht geführt worden. Wenn jetzt die Unternehmerpresse so tut, als ob die Gewerkschaften garnicht hätten kämpfen können, so mutet das an wie das Geprahle so vieler Kriegshelden, deren Heldentum umso mehr wächst, je weiter der Krieg in die Vergangenheit rückt.

Nun ist der Bergmann des Ruhrgebiets wieder an seiner Arbeit. Die Hauptsorge, die ihn jetzt drückt, ist, dass sich der kärgliche Lohn wenigstens nicht noch mehr durch weitere Feierschichten verkleinert. Ob es über die Art des Lohnabbaus, insbesondere beim Gedinge, noch zu Schwierigkeiten kommt, lässt sich erst nach dem ersten Lohntag im Februar sagen. Die Gewerkschaften warten zunächst den kritischen Lohntag ab. Die neue Verknappung der Entlohnung des Bergmanns kommt im Geschäftsleben sehr drastisch zum Ausdruck. Nur das Nötigste wird gekauft. Die Lebensmittelläden sind nur von aussen belagert; drinnen drängelt sich niemand. Jeder Pfennig wird drei und viermal betrachtet und zusammengerechnet, bevor man sich zum Kauf entschliesst und nachdem man den billigsten Laden entdeckt hat. Die karnevalistische Dekoration, die durch die Fenster mancher Restaurationen und Lokale winkt, wirkt wie ein Hohn auf den Passanten - nicht wie lustiges Lachen, sondern eher wie sarkastisches, boshafes Grinsen. Noch lange wird der Januar des Jahres 1931 im Ruhrgebiet als schwarzer Monat der Bevölkerung im Gedächtnis haften.

Die nächsten Sorgen der Gewerkschaften sind die Sanierung der Knappschaft und die Vorbereitung für die Betriebswahlen. Die Sanierung der Knappschaft ist die dringlichste Aufgabe des Augenblicks und es ist damit zu rechnen, dass bereits in den nächsten Tagen die Diskussion darüber eröffnet wird. Für die Betriebswahlen müssen vor allem die Lauen und Unorganisierten unter den Bergarbeitern aufgerüttelt werden. Die Zahl der Organisierten im Bergbau ist ohnehin nicht allzu üppig, und der Streikputsch der RGO hat zwar den Gewerkschaften

keinen unmittelbaren organisatorischen Schaden zugefügt und dem Ansehen des freien Bergarbeiterverbandes keinen Abbruch getan - eins aber hat er erreicht: er hat die Mutlosen noch mutloser gemacht und damit die gewerkschaftliche Arbeit erschwert. Darum muss jetzt mit verdoppelter Energie durch einen grosszügigen Aufklärungsfeldzug den Bergarbeitern die Möglichkeit gegeben werden, aus der kommunistischen Tragikomödie die richtigen Lehren zu ziehen und für die Zukunft zu lernen; denn neue Lohn- und Arbeitskämpfe stehen bevor. Bald wird die Waffenstillstandspause - viel mehr ist ja das neue Lohnabkommen nicht - abgelaufen sein. Der Verwirrung durch moskowitsche Parolen und rechtsradikale Zellenbauversuche muss mit Unerbittlichkeit, und wenn es nicht anders geht, auch mit Schärfe und Härte, gesteuert werden. Klare Verhältnisse müssen geschaffen werden. Gewerkschaftskämpfe können nicht von Gassenschreibern geführt werden. Klärung und Sammlung der Geister und Kräfte - das ist die Parole der Bergbauindustriearbeiter für das Frühjahr, für die Vorbereitung der Abrechnung.-

+ + +

Den Bergbauangestellten des Ruhrgebietes ist mitgeteilt worden, dass über ihren Gehaltsabbau am kommenden Mittwoch verhandelt werden soll. Auch den Bergbauangestellten ist ein Abbau von mindestens 6 % zgedacht. Man darf darauf gespannt sein, wie die Unternehmer nun gegenüber den Angestellten ihre Forderung auf Lohnkostensenkung begründen; denn die Zahl der Angestellten im Bergbau ist ja verhältnismässig gering.

SPD. Eine starke Steigerung der Wohlfahrtserwerbslosen ist in den kleineren Städten zu verzeichnen. Am 31. Dezember wurden von 1 097 Städten (bis zu 25 000 Einwohnern) 101 000 Wohlfahrtserwerbslose und Fürsorgearbeiter (15,3 pro Tausend Einwohner) unterstützt. Gegen November ist hier eine Steigerung um 15 % zu verzeichnen. Sie wird vom Reichsstädtebund auf die Neuregelung der Krisenfürsorge zurückgeführt.-

Die Anordnung des Reichsarbeitsministers, dass bis Ende März die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge die gleiche bleibt wie bisher, bedeutet für die Gemeinden während des Winters eine Erleichterung der Unterstützungslast; da die Ablaufristen für die Altunterstützungsempfänger hinausgeschoben wurden. Im allgemeinen muss natürlich die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen weiter steigen, da infolge der langen Dauer der Arbeitslosigkeit sich die Aussteuerungen immer mehr häufen. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen wird also in dem bisherigen Tempo - etwa 50 000 pro Monat mehr - weiter ansteigen.-

Die Meldung verschiedener Blätter, wonach in Berlin die Unterstützungsrichtsätze für Erwerbslose gesenkt werden sollen, beantwortet der Magistrat mit der Feststellung, dass die Unterstützungsrichtsätze für die Notstandsaktion (Wohlfahrtserwerbslose) unverändert bleiben.

SPD. Am kommenden Mittwoch findet in Berlin eine Bundesausschussitzung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt. Im Mittelpunkt der Tagung steht das Thema "Wege zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise".

SPD. Am Sonnabend fand im Reichsarbeitsministerium mit "Vertretern der Arbeitsdienstbewegung" eine Besprechung statt. Erörtert wurden verschiedene Projekte zur Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes. Der Vertreter des Arbeitsministeriums teilte mit, dass einzelne solcher Projekte zur Zeit geprüft werden. Vorläufig stünden jedoch die amtlichen Stellen den ganzen Arbeitsdienstbestrebungen noch skeptisch gegenüber.

Auch die Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes kostet Geld. Woher nehmen? Von der Arbeitslosenversicherung? Auch bei den christlichen Gewerkschaften hat man dagegen erhebliche Bedenken.

SPD. Der Niederländische Transportarbeiterverband hat in der letzten Woche eine Mitgliederzahl von 30 000 erreicht. Aus diesem Anlass gab der Verband eine reich illustrierte Festnummer heraus, in der die Schwierigkeiten der Zusammenfassung der früher sehr zersplitterten niederländischen Transportarbeiterbewegung geschildert wird.-

+ + +
Eine Reichsunterstützung für Arbeitslose soll in den Niederlanden im Hinblick auf die durch die Krise hervorgerufene Verschärfung der Arbeitslosigkeit leistungsschwachen Gemeinden auf Ansuchen zuteil werden.-

In Holland erhalten die Gewerkschaften für die bei ihnen organisierten arbeitslosen Mitglieder von den Gemeinden und vom Reich Zuschüsse zur Unterstützung. Wer nicht organisiert ist, ist auf die Organe der Armenpflege angewiesen. Seit Jahren fordert die Sozialdemokratie von der Regierung vergeblich eine gesetzliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Die Reichsunterstützung bedeutet kein besonderes Entgegenkommen an die Arbeitslosen. Die Forderung der Gewerkschaften, einen weiteren Zuschuss zu den Arbeitslosenkassen der Organisationen bereitzustellen, hat die Regierung nicht für dringlich erachtet.

SPD. Der Schiedsspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie, der eine Lohnkürzung von 5 % vorsah, ist für verbindlich erklärt worden.

Für die württembergische Metallindustrie wurden für Manteltarif und Lohn zwei Schiedssprüche gefällt. Der Manteltarif soll danach mit nur geringen Änderungen wieder in Kraft treten, während der Lohn um rund 4,4 % gesenkt werden soll. Für den Lohntarif ist eine Laufdauer bis Ende Juni vorgesehen.

SPD. Der Verband der rheinisch-westfälischen Brotfabrikanten hat den gewerkschaftlichen Organisationen Rahmentarif und Lohnabkommen gekündigt. Die Brotfabrikanten fordern Kürzung der Ueberstunden- und Sonntagszuschläge um 25 %, sowie Kürzung der Löhne in den Bäckerei-Betrieben des Ruhrgebiets bis zu 45,3% bei den Arbeitern und bis zu 50,8 % bei den Arbeiterinnen. In den Düsseldorfer Betrieben soll den Bäckereiarbeitern der Lohn bis 52 % und den Arbeiterinnen bis 52,4 % gekürzt werden.

Die Brotfabrikanten wollen also provozieren; denn etwas anderes als eine Provokation sind diese Forderungen nicht. Und das sind die Brotfabrikanten, die seinerzeit bei dem Brotpreisabbau vor aller Öffentlichkeit erklärten, sie könnten nicht wie die Kleinbetriebe die Preissenkung mitmachen.

22,4 Milliarden Umsatz.

Die Aussenhandelsbilanz 1930 mit 1,8 Milliarden aktiv.

SPD. Das Jahresergebnis des deutschen Aussenhandels liegt jetzt mit der Veröffentlichung der Dezemberziffern endgültig vor. Die Einfuhr stellt sich im reinen Warenverkehr auf 10,4 gegenüber 13,4 Milliarden Mark im Jahre 1929. Der Rückgang der Einfuhr beziffert sich demnach auf rund 3 Milliarden, was einem Wertrückgang von 25 % entspricht. Dagegen ist die Einfuhrmenge nur um etwas mehr als 10 % gesunken, sodass sich also in dem scharfen wertmässigen Sinken der Einfuhr nach Deutschland der Preissturz auf den Weltmärkten besonders deutlich ausprägt. Im übrigen ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts der tatsächliche Einfuhrwert im Jahre 1930 noch um 200 Millionen zu hoch angesetzt, da sich infolge der Lagerabrechnungen zeitliche Verschiebungen bei den statistischen Erfassungen ergeben.

Die Ausfuhr ist ohne die Reparations=Sachlieferungen von 12,7 Milliarden im Jahre 1929 auf 11,3 Milliarden im letzten Jahr zurückgegangen. Unter Hinzurechnung der Reparations=Sachlieferungen stellt sich die Ausfuhr 1930 auf rund 12 Milliarden Mark gegenüber 13,5 Milliarden im Vorjahr. Die Gesamtausfuhr weist also einen Rückgang um 1,5 Milliarden = 11 % auf, jedoch spielt auch hier der Preisabbau eine grosse Rolle, denn die Ausfuhrmenge Deutschlands ist nur um 5 % gegenüber 1929 gesunken, was in Anbetracht der schweren Weltwirtschaftskrise und der verschärften Schutzzollpolitik im Auslande eine bedeutende Leistung darstellt.

Die Handelsbilanz von 1930 weist unter Berücksichtigung der durch die Lagerabrechnungen bedingten Korrektur der Einfuhrzahlen um rund 200 Millionen einen Ausfuhrüberschuss von 1,1 Milliarden Mark ohne die Reparations=Sachlieferungen und unter Einschluss dieser Reparationsleistungen einen Exportüberschuss von insgesamt 1,8 Milliarden Mark auf. Die gewaltigen Verschiebungen, die Deutschlands Aussenhandel im letzten Jahr erfahren hat, kennzeichnet die Tatsache, dass der Exportüberschuss im Jahre 1929 sich auf nur 36 Millionen Mark belief. Im einzelnen stellten sich bei den wichtigsten Einfuhrwaren die wertmässigen Rückgänge wie folgt: Textilrohstoffe aller Art - 640 Millionen, Metalle - 274 Millionen, Brotgetreide und Müllereierzeugnisse - 239 Millionen, Futtermittel - 228 Millionen, Oelfrüchte und Oelseen - 215 Millionen, Garne aller Art - 112 Millionen, Molkereiprodukte - 107 Millionen und Holz - 103 Millionen. In diesen Posten kommt einmal der ganz besonders schwere Preiseinbruch bei der Baumwolle und Wolle wie auch der durch die Krise stark verringerte Bedarf der deutschen Textilindustrie zum Ausdruck bei den Metallen gleichfalls die völlige Umwälzung der Preisbasis, während die beträchtlichen Rückgänge der Lebensmitteleinfuhr auch stark von den Zollerhöhungen in Deutschland beeinflusst sein dürften.

Der Ausfuhrückgang beziffert sich bei den wichtigsten Ausfuhrwaren auf: 1 212 Millionen bei den Eisenwaren, - 146 Millionen bei Geweben aller Art, - 134 Millionen bei Textilrohstoffen, - 98 Millionen bei Kohle und Koks und - 90 Millionen bei Farben und sonstigen Produkten der chemischen und pharmazeutischen Industrie. Angesichts der scharfen Drosselung der amerikanischen und englischen Maschinenausfuhr muss die Steigerung des deutschen Maschinenexports in diesem schweren Krisenjahr als ein ganz besonders günstiges Zeichen bewert-

tet werden. Jedenfalls beweist diese Tatsache, sowie der hohe Stand der gesamten deutschen Fertigwaren=Ausfuhr, die sich auf 9,0 gegen 9,8 Milliarden gehalten hat, dass von Export=drosselnden Löhnen in der verarbeitenden deutschen Industrie nicht die Rede sein kann. Die Unternehmer, die mit diesem Argument schon in der Vorkriegszeit Lohndruck betrieben, sollten in Zukunft mit diesem alten Mahdnhüter vor keiner einzigen Spruchkammer mehr operieren dürfen.

So notwendig eine starke Ausfuhr auch für die deutsche Wirtschaft ist, und so erfreulich die Entwicklung des deutschen Exportes in der schweren internationalen Krise des letzten Jahres bleibt, hat das Erhalten des hohen deutschen Exportstandes doch auch ihre Kehrseite. Ganz zweifellos handelt es sich bei verschiedenen Industrien darum, unter allen Umständen ohne Rücksichten auf die Preise zu exportieren, um sich für den immer drückender wirkenden Ausfall im Inland auf dem Weltmarkt schadlos zu halten. Um die Verliste unserer Exportindustrien in der jetzigen Krisenzeit zu verhindern, oder wenigstens einzuzengen, müsste der Preisabbau bei den Monopolindustrien in Deutschland allerdings wirksamer gestaltet werden als dies bei der kürzlich erfolgten Senkung der Eisenpreise der Fall war.

+ + +

Für den Monat Dezember werden im einzelnen folgende Aussenhandelsziffern ausgewiesen: Die Einfuhr ist von 734,3 Millionen im November auf 681,3 Millionen zurückgegangen. Die Senkung ist zum grössten Teil auf saisonmässige Ursachen zurückzuführen. Die Ausfuhr hat im Dezember nur um 28,4 auf 903 Millionen Mark abgenommen. Die geringe Ausfuhrsenkung im Dezember ist umso bemerkenswerte als sie um etwa 25 % geringer ist als aus jahreszeitlichen Gründen zu erwarten war.

SPD. Der Ausweis der Reichsbank vom 15. Januar zeigt in verstärktem Masse den schon in der Vorwoche festgestellten Schönheitsfehler weiterer erheblicher Devisenabflüsse. Die Entlastung der Reichsbank nahm allerdings in der zweiten Januarwoche ihren normalen Verlauf. So ging die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln, Schecks, Lombards (Kredite gegen Verpfändung von Wertpapieren etc) und Effekten um 369,9 auf 1896,2 Millionen Mark zurück. Damit sind also von den zum Jahresultimo bei der Reichsbank eingeholten Krediten bereits 1,06 Milliarden Mark zurückgezahlt. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 402,7 Millionen auf 1678,7 Millionen Mark abgenommen, während sich bei den Lombardbeständen eine Zunahme um 48,3 auf 114,9 Millionen zeigte, Bestände an Reichsschatzwechseln, die am Ende der Vorwoche 15,5 Millionen betragen, sind nicht mehr vorhanden.

Der Entlastung der Kapitalanlage entspricht ein weiteres Zurückfliessen von Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen in Höhe von 369,2 Millionen in die Kassen der Reichsbank. Damit hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 363,5 auf 3962,3 Millionen und der Umlauf an Rentenbankscheinen um 5,7 auf 399,7 Millionen verringert. Die fremden Gelder zeigen hauptsächlich wohl infolge von Abrufungen öffentlicher Stellen eine Abnahme um fast 100 auf 322,8 Millionen Mark.

Sehr unerfreulich ist die Entwicklung auf dem Devisenkonto. Nachdem schon in den beiden vorhergehenden Wochen rund 135 Millionen an Devisen abgeflossen waren, hat sich in der Berichtswoche allein der Bestand an deckungsfähigen Devisen um weitere 132,3 Millionen Mark verringert. Die Fortsetzung dieser Devisenabflüsse hat einer baldigen Diskontsenkung in Deutschland als Folge der New-Yorker und Pariser Diskontabbauten leider sehr schnell das Grab gegraben. Wenn auch die Ursachen für diese fortgesetzten Devisenabflüsse nicht eindeutig klar liegen, so zeichnet sich doch wieder eine gewisse Kapitalflucht darin ab. Diese Tatsache findet auch darin ihre Bestätigung, dass die Neueinreichungen an Wechseln höher sind als in der gleichen Zeit des Vorjahres, obwohl der Bedaff der

Wirtschaft in der gegenwärtigen Krisenperiode ganz erheblich geringer sein muss. Hier werden also die Devisenanforderungen gewisser Stellen durch Wechseleinreichungen finanziert. Daneben wirken sicherlich die Bemühungen der Banken mit, ihre Auslandsguthaben zu stärken und Vorbereitungen industrieller Stellen, für den nahenden Zins- und Kündigungstermin ausländischer Kredite am 31. März gewappnet zu sein.

SPD. Die Zahl der in Deutschland vorhandenen Postscheckkonten betrug Ende Dezember 1930 = 992 356. Der Gesamtzugang belief sich 1930 auf 17 455 Konten. Im Dezember wurden auf den Postscheckkonten 42,8 Millionen Gutschriften über 5,9 Milliarden Mark sowie 23,79 Millionen Lastschriften über 5,83 Milliarden Mark ausgeführt. Der Gesamtumsatz im Dezember belief sich auf 11,74 Milliarden, von denen bargeldlos 9,25 Milliarden beglichen wurden. Die Guthaben auf den Postscheckkonten beliefen sich Ende Dezember auf 615,8 gegen 688,9 Millionen Ende 1929.

SPD. Ueber die am Freitag veröffentlichte Regierungsverordnung wegen der Preissenkung für Markenartikel sind jetzt nähere Einzelheiten bekanntgegeben. Die Verordnung sieht die Aufhebung der Preisbindungen bei Markenartikeln in all den Fällen vor, in denen gegenüber dem Preisstand vom 1. Juli 1930 ein zehnprozentiger Preisabbau nicht stattgefunden hat. Bis zum Inkrafttreten der Regierungsverordnung ist eine vierzehntägige Frist festgesetzt, um der Industrie und dem Handel noch Zeit für Preissenkungsbeschlüsse zu gewähren. Wird diese Frist von den Beteiligten zu der genannten zehnprozentigen Preissenkung nicht ausgenutzt, so kommt der den Markenartikeln bisher gewährte Rechtsschutz in Fortfall. Die grosse Liste der in der Verordnung aufgezählten Artikel enthält Lebensmittel der verschiedensten Art, Gegenstände der Körperpflege, Verbandsstoffe und Pflaster, Haus- und Küchengeräte jeder Art, Reinigungsmittel, Schreibmaschinen, Waren aus Gummi und Gummiersatz, Schallplatten etc.

Die Regierungsverordnung kann als ein Kompromiss zwischen den Forderungen, die auf gänzliche Aufhebung der Preisbindungen bei Markenartikeln hindeuten, und den Gegnern jeglichen staatlichen Eingriffs in die "freie" Wirtschaft angesehen werden.

SPD. Die Getreidehändler haben mit der ihnen verschwägerten Presse monatelang gegen die öffentlichen Getreidewirtschaft geizert. Die Betätigung der öffentlichen Hand haben sie immer wieder als den grössten volkswirtschaftlichen Unfug hingestellt. Jetzt zeigen diese Herren, dass sie auch anders herum können, wenn es um ihren Profit geht. Es handelt sich hierbei um die sogenannte Eosinroggen-Aktion. Jeder Landwirt, der diesen nur zu Futterzwecken brauchbaren Roggen von der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft (halb staatlich) kauft, erhält darauf einen Bezugsschein, mit dem er Gerste zu niedrigerem Zollsatz einführen kann. Vielfach werden diese Bezugsscheine von den Landwirten an die Händler verkauft, die ihrerseits diese Scheine an die Gerstenimporteure weiter verhandeln. Bei dem stockenden Geschäft mit Auslandsgerste sitzen die Händler jetzt aber auf ihren Bezugsscheinen fest und rufen nun die Intervention einer staatlichen Getreidestelle an, um sich Verluste zu ersparen. Die schnelle Wandlung der Getreidehändler vom erbitterten Gegner zum Freund staatlicher Intervention am Getreidemarkt wirkt wahrhaft grotesk.

Fest bei knappem Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 17. Januar.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse war am Sonnabend zwar schwach besucht, jedoch hat sich die Tendenz wieder befestigt. Das Angebot an promptem Weizen und Roggen ist weiter ausserordentlich knapp. Es zeigt sich jedoch ruhige und laufende Nachfrage nach beiden Brotgetreidearten, so dass die Preise um je etwa 1 Mark anziehen konnten. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich gleichfalls Befestigungen, die zum Teil über diesen Umfang noch hinausgingen. Nur Mehl hatte in beiden Sorten weiter sehr kleines Geschäft. Die Ware war zu unveränderten Preisen angeboten. Es zeigte sich jedoch allenfalls nach den allerbilligsten Roggenmehlen einiges Interesse. An Hafer ist das Angebot zwar nicht gross, aber auch die Kauflust lässt viel zu wünschen übrig. Die Lage kann daher nur als unsicher bezeichnet werden. In Gerste machte sich nur für allerfeinste Brauqualitäten, die kaum vorhanden waren, Kaufinteresse bemerkbar.

	<u>16. Jan.</u>	<u>17. Jan.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	254 - 256	255 - 257
Roggen	151 - 154	152 - 155
Braugerste	199 - 213	199 - 213
Futter- und Industrierogerste	188 - 194	188 - 194
Hafer	137 - 144	138 - 145
Weizenmehl	29,25 - 36,50	29,25 - 36,50
Roggenmehl	23,25 - 26,25	23,40 - 26,40
Weizenkleie	10,25 - 10,50	10,25 - 10,50
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 275 - 275½ (Vortag: 273½), Mai 284 - 285 (283½), Juli - (288), Roggen März 176-177 (175½), Mai 164 (162½), Juli - (168).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 17. Jan.: I. 131 Mark, II. 121 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

SPD. Der Gesamtjahresumsatz der deutschen Automobilindustrie wird nach den jetzt vorliegenden Schätzungen auf etwa 84 000 Personen- und 16 400 Lastwagen beziffert. Damit wäre ein Umsatzverlust von etwa 30 000 Wagen im letzten Jahr eingetreten. Ganz enorm ist die Schrumpfung des Motorradumsatzes, der von 190 000 auf 110 000, also um über 42 % gesunken ist. Berücksichtigt man neben dieser eingeeengten Umsatzbasis noch die Preisrückgänge, die im Automobilbau ziemlich wesentlich waren, so kann man die wertmässigen Umsatzverluste der Kraftfahrzeugindustrie auf etwa 400 Millionen Mark veranschlagen. Mit dieser Entwicklung ging auch die Ausfuhr von Kraftfahrzeugen erheblich zurück. In den Monaten Januar bis November 1930 betrug sie nur 51,2 gegen 71,4 Millionen im Vorjahr. Die Ausfuhr ist also um mehr als 20 % zurückgegangen.